



Der Verkauf der Gemeindeliegenschaft Spitalstrasse 210 (Bild) dürfte ausschlaggebend gewesen sein für das Ja zur grünliberalen Landinitiative. Archibild: Nicolas Zovni

KOMMENTAR

VON MICHAEL VON LEDEBUR

Misstrauensvotum

Die Wetziker Stimmberechtigten sorgen für eine handfeste Überraschung. Sie nehmen die Initiative der Grünliberalen an und entziehen dem Gemeinderat die Kompetenz, Liegenschaften über 500 000 Franken in Eigenregie zu veräussern. Für die Grünliberalen ist es nach dem Ja zur Solarinitiative der zweite Urnenerfolg innert Jahresfrist. Die Partei hat sich im Hinblick auf die Gesamterneuerungswahlen vom nächsten Jahr profilieren können.

Im ersten Linie ist das Resultat jedoch eine Niederlage für den Gemeinderat. Dass ihm das Stimmvolk die Kompetenz derart einschränkt, muss als Misstrauensvotum gewertet werden. Dieses Misstrauen hat sich die Behörde selbst eingebrockt. Zu ungeschickt agierte sie im Umgang mit der Initiative.

Im Frühjahr erklärte der Gemeinderat jene Version der Initiative, die die künftige Gemeindeordnung hatte abändern wollen, für ungültig – und wurde vom Bezirksrat prompt zurückgepfiffen. Die anschliessende erste Abstimmung ging noch im Sinn des Gemeinderats aus. Kurz vor der jetzigen Abstimmung wurde dann der Fall Spitalstrasse 210 bekannt. Nun hat der Wind gedreht.

Die Attacke der Grünliberalen im Zusammenhang mit dem Liegenschaftsverkauf war exakt getimt. Doch die Vorwürfe hinter der Wahlkampfretorik waren nicht ohne Gehalt. Der tiefe Preis für die Liegenschaft warf Fragen auf. Gar Unverständnis bei den Stimmbürgern weckte der Umstand, dass der Gemeinderat auf eine Ausschreibung verzichtet hatte. Der Gemeinderat blieb eine überzeugende Antwort schuldig. Das Abstimmungsergebnis ist die Quittung dafür.

GLP stützt Exekutive die Flügel

WETZIKON. Der künftige Stadtrat darf nach dem knappen Ja zur Landinitiative nur noch Liegenschaftshandel bis 500 000 Franken in eigener Kompetenz tätigen. Daran soll sich schon der heutige Gemeinderat halten, fordert Initiantin Esther Schlatter.

WALTER STURZENEGGER

Mit ihrer ersten Landinitiative war Esther Schlatter im Juni noch gescheitert. Knapp 500 Stimmen fehlten der Grünliberalen damals zum Erfolg. Gestern konnte sie überraschend feiern. Mit 2757 Ja gegen 2743 Nein stimmten die Wetziker ihrer zweiten Initiative zu. «Das Resultat ist zwar äusserst knapp ausgefallen», räumte sie ein, «Hauptsache ist aber, dass es richtig herauskam.» Damit werden die Kompetenzen des künftigen Stadtrats bei Landgeschäften massiv stärker eingeschränkt als ursprünglich in der neuen Gemeindeordnung vorgesehen. Statt von heute 2 auf 1,5 Millionen Franken sinken sie auf 500 000 Franken.

Zum Meinungsumschwung habe zweifellos der Verkauf der Liegenschaft Spitalstrasse 210 beigetragen, ist Schlatter

überzeugt. Die Grünliberalen werten dem Gemeinderat vor, die 3445 Quadratmeter grosse Liegenschaft zum Spottpreis von 1,15 Millionen Franken verkauft zu haben – deutlich unter dem Buchwert von 1,42 Millionen. «Die Diskussion darüber hat etwas bewegt», sagte Schlatter. «Die Leute erkannten, dass es der Gemeinderat an Transparenz mangeln liess.» Das werde sich nun mit der Einführung des Parlaments ändern. «Dessen Entscheide sind grundsätzlich öffentlich.»

Konsequenzen ziehen

Eigentlich möchten Schlatter und die Grünliberalen aber nicht mehr so lange warten. «Wir hoffen, dass der Gemeinderat das Verdikt der Stimmberechtigten akzeptiert und die verbleibende Zeit bis zum Ende der laufenden Legislatur, während der er noch über eine

Finanzkompetenz von 2 Millionen Franken verfügt, nicht ausnützt.» Konkret erwartet sie, dass der Gemeinderat «keine Landgeschäfte mehr tätigt».

Das scheint kein unrealistischer Wunsch zu sein. Gemeindepräsident Urs Fischer liess gestern durchblicken, der Gemeinderat werde «kaum mehr Landgeschäfte über 500 000 Franken behandeln.» Fischer zeigte sich im Übrigen vom Abstimmungsergebnis nicht überrascht – obwohl er nach dem Abstimmungserfolg des Gemeinderats im Juni den Grünliberalen eine noch höhere Niederlage vorausgesagt hatte. In der Zwischenzeit sei es zu «Ereignissen» gekommen, die zu einem Meinungsumschwung in der Bevölkerung geführt hätten, sagte Fischer. Dabei geht er mit den Grünliberalen hart ins Gericht. Diese hätten den Abstimmungskampf mit «inhaltlich falschen Aussagen» zum Landgeschäft Spitalstrasse 210 geführt und sich damit «sehr verwerflich» verhalten. «Das ärgert den Gemeinderat.»

Esther Schlatter lässt diesen Vorwurf nicht auf sich sitzen. «Wir haben

nie etwas Falsches behauptet», entgegnet sie. «Ich bin offen für einen Austausch mit dem Gemeinderat. Denn ich würde gerne konkret wissen, was wir falsch gemacht haben.» Fragwürdig sei vielmehr die Behauptung der Behörde in der Abstimmungsweisung gewesen, es seien «keine Verkäufe unter Wert getätigt worden».

Fischer sieht Stadtrat entlastet

Gemeindepräsident Urs Fischer räumt ein, dass der Gemeinderat im Zusammenhang mit Landgeschäften bei den Stimmberechtigten Vertrauen verloren habe. Er zeigt sich aber nicht beunruhigt darüber. Die Behörde genieße dennoch weiterhin breiten Rückhalt. «Immerhin stand die Hälfte der Stimmmenden hinter uns. Und bei anderen Themen ist der Rückhalt noch grösser.» Im Abstimmungsergebnis sieht Fischer auch einen Vorteil: «Besser ein knapper Entscheid zugunsten der Initiative als dagegen.» Denn so werde «der Druck auf den Stadtrat bei künftigen Landgeschäften deutlich geringer ausfallen».

Eine Doppeltturnhalle für Wolfhausen

BUBIKON. Wolfhausen erhält eine neue Doppeltturnhalle inklusive Photovoltaikanlage. Auch die Verkleinerung der Schulpflege wurde mit klarem Mehr angenommen.

REGULA LIENIN

Die Bubiker Stimmberechtigten stellen sich deutlich hinter die drei Vorlagen der Schule. Bei einer Stimmbeteiligung von 52 Prozent wurde die neue Doppeltturnhalle Wolfhausen für 6,77 Millionen Franken mit 1973 Ja- zu 503 Nein-Stimmen angenommen. Der Zusatzantrag, die Bewilligung einer Photovoltaikanlage für 300 000 Franken auf dem Dach der Turnhalle, kam mit 1930 Ja- und 508 Nein-Stimmen ebenfalls durch. Sämtliche Parteien wie

auch die Rechnungsprüfungskommission hatten sich geschlossen hinter die beiden Vorlagen gestellt.

Hinter der dritten Vorlage standen sie nicht ganz so geschlossen: So sprach sich die SVP gegen die neue Schulpflege aus, und die EDU beschloss Stimmfreigabe. Zu Kritik Anlass gab vor allem die Reduktion der Schulpflege von neun auf sieben Mitglieder. Trotzdem ist nun auch diese Vorlage deutlich mit 1691 Ja- zu 483 Nein-Stimmen angenommen worden. Die Stimmbeteiligung lag hier mit 49,8 Prozent etwas tiefer. Zudem legten 220 Stimmbürger einen leeren Zettel ein.

In der Strategie bestätigt

Damit sind die drei Schulvorlagen mit einer Mehrheit zwischen 70,63 und 78,9 Prozent angenommen worden. Ein deutliches Resultat, über das sich Schul-

präsident Hans Murer freut – so klar habe er es nicht erwartet. «Es zeigt, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben mit der Doppeltturnhalle in Wolfhausen.» Das deutliche Ja sei eine Bestätigung für die Strategie, die beiden Dörfer in ihrer Eigenständigkeit zu respektieren – und nicht etwa auf eine gemeinsame Grossturnhalle für Bubikon und Wolfhausen zu setzen. Zudem sei die geplante Doppeltturnhalle ein schönes und ökologisch sinnvolles Projekt ohne Luxus.

Bei der Schulpflegeordnung verweist der Schulpräsident auf andere Gemeinden in der Region, in denen ebenfalls über die Verkleinerung der Schulpflege abgestimmt wurde. «Das war allerdings nicht abgesprochen.» Als Hauptargument für die Verkleinerung des Gremiums war im Vorfeld das revidierte Volksschulgesetz genannt worden: Demnach müssen die

Schulleitung und die Schulverwaltung künftig mehr operative Aufgaben übernehmen.

Rasche Realisierung

Dank der Annahme der Doppeltturnhalle geht es nun an die Realisierung. Der Baustart ist für Januar 2014 vorgesehen. Läuft alles nach Plan, könnte die neue Turnhalle beim Primarschulhaus Geissberg spätestens ab Frühling 2015 genutzt werden. Für die Schüler bedeutet dies, dass der Sportunterricht während der Bauzeit mehrheitlich draussen stattfindet.

Schon bald gilt auch die neue Schulpflegeordnung – bis auf eine Ausnahme. Sie wird nach der Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft gesetzt. Dass anstelle von neun nur noch sieben Schulpfleger ihr Amt ausüben, wird hingegen erst ab dem Schuljahr 2014/2015 realisiert.

Zustimmung für schlanke Schulpflege

WALD. Die Stimmberechtigten in Wald haben die Teilrevision der Gemeindeordnung an der Urne gutgeheissen. Sie genehmigten die Vorlage am gestrigen Sonntag deutlich mit 1668 zu 501 Stimmen. Das entspricht einem Anteil an Ja-Stimmen von 74 Prozent. Die Stimmbeteiligung lag bei 40 Prozent.

Die Teilrevision bringt es mit sich, dass in der Gemeinde künftig stille Wahlen möglich sind. Die Sozialbehörde wird aufgelöst, ihre Aufgaben übernimmt der Gemeinderat. «Wir werden dazu einen fünfköpfigen Ausschuss bilden, wie es das Gemeindegesetz vorsieht», führte Gemeindepräsidentin Käthi Schmidt auf Anfrage aus.

Wichtiger Kompromiss

Zu reden gegeben hatte im Hinblick auf die Abstimmung die nun beschlossene Verkleinerung der Schulpflege. Statt wie bisher neun umfasst sie fortan sieben Mitglieder. Ursprünglich hatte der Gemeinderat geplant, ihre Zahl auf fünf zu reduzieren. Nach Rückmeldungen aus der Bevölkerung habe man sich umentschieden, wie Schulpräsident und Gemeinderat Fredi Murbach sagt. Er werde sich dafür einsetzen, den Dialog zwischen Einwohnern und Schule weiter zu stärken, versprach Murbach. «Das ist mit sieben Mitgliedern bestens möglich.»

Gemeindepräsidentin Schmidt ist überzeugt, dass der Kompromiss des Gemeinderats für die deutliche Annahme der gesamten Revision wichtig war: «Sonst wäre der Entscheid knapp ausgefallen.» (y/ba)